



Bei dürftigem Budget wenig Verständnis für Studiengebühren vorlesen

Bundesweit sprechen sich mehr als 70 % aller zahlenden Studierenden dafür aus, Studiengebühren sofort abzuschaffen. Nur 16 % votieren dagegen. Besonders stark ist der Wunsch nach Abschaffung in Hessen: Dort, wo der Landtag mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken die Abschaffung der Studiengebühren beschlossen hat, plädieren auf die Frage "Wie stehen Sie generell zur Erhebung von Studiengebühren?" rund 85 % für die Abschaffung. Keiner Universität ist es gelungen, die Mehrheit der Studierenden davon zu überzeugen, dass seit der Einführung von Studiengebühren nennenswerte Verbesserungen im Hochschulleben eingetreten sind. Gut die Hälfte der Studenten sieht sich genötigt, schneller zu studieren.

Dies zeigt die bundesweite Studie [Gebührenkompass](#). Die Universität Hohenheim hat in rund 6.150 Einzelinterviews per [Fragebogen](#) die Zufriedenheit der Studierenden an allen 54 deutschen Universitäten mit der Verwendung von Studiengebühren im Mai 2008 erhoben.

Das Ergebnis verwundert nicht: Gut die Hälfte der Befragten muss neben dem Studium einer Arbeit nachgehen, dafür werden durchschnittlich 11,2 Stunden aufgewendet. Das monatlich verfügbare Einkommen liegt bei 52 % unter 500 Euro, bei 36,4 % zwischen 500 und 750 Euro. Darüber liegen 9,1 %, die bis zu 1000 Euro in der Kasse haben, mehr als 1000 Euro können nur 2,5 % ausgeben.

Es sind vor allem die Eltern beziehungsweise die Familie, die zur Finanzierung beitragen (79,9 %), auf eigene Mittel sind 49,8 % angewiesen. Ein Stipendium erhalten 2,8 % der Befragten, und bei 22,5 % stützt Bafög das studentische Auskommen. 13,7 % haben einen Kredit aufgenommen, weitere 5,2 % planen, dies zu tun.

Rund 350 Millionen Euro Studiengebühren haben Deutschlands Universitäten in sieben Bundesländern im vergangenen Semester eingenommen. Lassen sich zumindest Verbesserungen im akademischen Alltag erkennen? Im Bundesdurchschnitt vergaben die Gebührenzahler ihren Universitäten in diesem Zusammenhang die Schulnote 4 bis 5. Am geringsten ist die Unzufriedenheit noch an den Universitäten in Bayreuth, Clausthal-Zellerfeld, Konstanz, Bamberg und Aachen. Unter den Ländern schneiden Bayern und Baden-Württemberg noch am besten ab.

Der Initiator und wissenschaftliche Leiter des Gebührenkompasses, Prof. Dr. Markus Voeth, beklagt daher fehlende Transparenz und mangelnde Beispiele für spürbare Verbesserungen. Bundesweit gaben 74 % aller Gebührenzahler an, bislang noch keine Verbesserung der Lehre wahrgenommen zu haben. Ein Umstand, der sich nach Auffassung vieler auch nicht ändern wird: Drei Viertel dieser Gruppe erwarten auch für die Zukunft keine Verbesserung. Daneben spielt auch mangelndes Vertrauen in die Politik eine Rolle: Knapp die Hälfte geht davon aus, dass die Länder die Basisausstattung der Universitäten kürzen würden. Nur 15,1 % vertrauen darauf, dass es zu keinen Kürzungen kommt (keine Meinung: 38,1 %).

Im Hinblick auf die Frage, welche Aspekte den größten Einfluss auf die Zufriedenheit haben könnten, ergibt die Studie eine eindeutige Rangfolge. Ganz oben steht ein verbessertes und ausgeweitetes Lehrangebot, das bei rund 40 % die Zufriedenheit beeinflussen würde. An zweiter Stelle folgt der Wunsch nach Transparenz (20 %), sodann nach einer verbesserten Infrastruktur (11 %), sinnvoller interner Gebührenverteilung (8 %) sowie verringerten Verwaltungskosten, außerdem nach Stipendien oder anderen Maßnahmen, die die finanzielle Belastung reduzierten (7 %). Danach folgen bessere Bibliotheksleistungen und die Verbesserung der Verwaltungsabläufe (5 %), Ausweitung des internationalen Angebotes (3 %), eine optimierte Verknüpfung von Lehre und Forschung (2 %) und die Evaluierung der Studiengebührenverwendung (1 %). (fm/c't)

Quelle: heise.de

© Universität Hohenheim, Lehrstuhl für Marketing, Prof. Dr. Markus Voeth (2008). <http://www.marketing.uni-hohenheim.de>